

**Protokoll der Sitzung des Studentischen Konvents
der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
am 17.12.2020**



Sitzungsleitung: Michael Kreuzer
Protokoll: Evgeny Golubtsov, Irena Thomann, Antonia Kuhn, Valerie Schmidt
Datum: 17.12.2020
Beginn der Sitzung: 20:17 Uhr
Ort der Sitzung: Online

Anwesende Mitglieder:

Antonia Kuhn (bis 23:10), Chris Rettner (mit Stimmrecht von Kathrin Schäffler), Daniel Janke, Evgeny Golubtsov, Felix Bullinger (ab 23:30 mit Stimmrecht von Leon Göttemann), Florian Benelli, Florian Kuhl (ab 20:30), Henry Mörtl, Irena Thomann (bis 00:25), Isabell Marco, Johanna Gramlich (von 20:25 bis 23:25), Larissa Adolf, Leon Göttemann (bis 23:30), Leonie Gischas (von 21:00 bis 23:00), Liana Mirzojan (bis 23:45), Lisa Krause (ab 23:25 mit Stimmrecht von Johanna Gramlich), Luca Rehberger, Lucie Knorr, Madita Huvar, Marcel Hirsch (ab 23:00 mit Stimmrecht von Leonie Gischas), Marianne Böhm (mit Stimmrecht von Tabea Hofmann, Marie Sieper, Markus Bohn, Matthias Frerichs (ab 21:37; ab 23:45 mit Stimmrecht von Liana Mirzojan), Max Wiegand, Michael Kreuzer, Nicole Christmann, Sebastian Treier, Sigrid Polterock, Stella Gaus (mit Stimmrecht von Sharina Wagner), Theresa Watzke, Valerie Schmidt (ab 20:50; ab 23:15 mit Stimmrecht von Antonia Kuhn)

Gäste:

Johannes Heßdörfer, Ingo Heide (ab 22:22)

Abwesende Mitglieder:

Annika Huber, Dustin Kaiser, Franka Rouchal, Lea Brosig, Margarethe Hoffmann, Nora Matthiesen, Timna Stein

Inhaltsverzeichnis

TOP 1: Organisatorisches	3
1.1 Festlegung der Protokollant:innen	3
1.2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit	3
1.3 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	3
1.4 Genehmigung der Tagesordnung	3
TOP 2: Berichte	3
2.1 Bericht aus dem FSR, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents und Möglichkeit zur Diskussion	3
2.2 Bericht aus dem SSR und seinen Arbeitskreisen mit Möglichkeit zur Diskussion	4
TOP 3: Wahl der stellvertretenden studentischen Frauenbeauftragten	5
TOP 4: Anträge	5
4.1 Antrag A7: Revision eines Beschlusses vom 24.06.2014	5
4.2 Antrag A1: Schwebstofffilter für die Bibliotheken	6
4.3 Antrag A2: FFP-Masken für die Beschäftigten der Bibliotheken	7
4.4 Antrag A3	8
4.5 Antrag A4: Ausreichend Busse während der Klausurenphase	8
4.6 Antrag A6: Gemeinwohlorientierung der Uni Würzburg	9
4.7 Antrag A5 Positionierung zum geplanten bayerischen Hochschulgesetz	10
4.8 Initiativantrag IA1	17
TOP 5: Sonstiges	18

TOP 1: Organisatorisches

1.1 Festlegung der Protokollant:innen

Evgeny Golubtsov, Irena Thomann, Antonia Kuhn (bis 23:15 Uhr) und Valerie Schmidt (ab 23:15 Uhr) übernehmen das Protokoll.

1.2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird mit 29 anwesenden Stimmen festgestellt. 32 Stimmen (in der Nachüberprüfung um 20:36)

1.3 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Das Protokoll wurde an alle per Mail verschickt, jedoch erst eine Stunde vor Sitzungsbeginn. Michael fragt daher, ob der Beschluss des Protokolls auf nächste Sitzung vertagt werden soll.

Es werden jedoch keine Einwände gegen sofortige Genehmigung erhoben. Das Protokoll wird daher ohne Gegenrede in der vorliegenden Fassung angenommen.

1.4 Genehmigung der Tagesordnung

Antrag A7 muss von letzter Sitzung nachgeholt werden. Dieser wird vor die anderen Anträge geschoben. Ansonstent gibt es keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird mit 28 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Organisatorischer Hinweis: Wer gehen möchte, soll sich ca. 5 Minuten vorher bei Lucie Knorr melden, damit im Protokoll vermerkt werden kann, wer weg ist. Stimmrechtsübertragungen müssen abfotografiert bzw. gescannt an Michael oder Lucie geschickt werden, um angenommen werden zu können.

TOP 2: Berichte

2.1 Bericht aus dem FSR, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents und Möglichkeit zur Diskussion

Fachschfftenrat

Marie Diana Sieper berichtet über die letzte FSR-Sitzung: - am 1.12. war das letzte Treffen, dort wurde Lukas Garbe als AK-Lehramt Vorsitzender gewählt. - nächste Sitzung vermutlich 12.01

Präsidialkommission für Qualität für Studium und Lehre (PfQ)

Daniel Janke berichtet aus der PfQ vom 25.11.20:

- Die Klärung der Lüftungssituation war personell aufwendig.
- Die Universitätsleitung hat bezüglich Datenschutz und Uni-Now berichtet: werden so gespeichert, dass nur die Universitätsleitung Zugriff auf die Daten hat. Uni-Now sieht diese serverseitig nur in verschlüsselter Form.
- Studienfachaudits haben online in den folgenden Fächern stattgefunden: PSS, Mathematik und Museologie

- Der Tag der Lehre fand online statt, aber alle waren zufrieden.
- Die Vorbereitungen für Systemreakreditierungsantrag beginnen bereits 2021.
- Auch das Hochschulinnovationsgesetz war Thema, zusätzlich auch Konzeptakkreditierung eines Pädagogikstudiengangs, der derzeit mit 34 Erstis (300 Bewerbungen) gestartet ist.
- Umfragen zum Sommersemester wurden vorgestellt; diese wurde an alle Studierenden und Lehrenden verschickt. Eigentlich sollte sie auch in den Fakultätsräten bereits diskutiert worden sein.
- Vorlesungsaufzeichnungen sollen auch nach Corona vermehrt ausgebaut werden.
- Verfahrensfrage bei Konzeptakkreditierung: Externe Studierende aus dem Akkreditierungspool sollen sich Verfahren anschauen und dafür zukünftig 100€ Aufwandsentschädigung erhalten.

6er-Gremium zur Verteilung von Studienzuschüssen

Diana berichtet: Das 6er-Gremium trifft sich in einer Woche. Bis jetzt gab es keinen Antrag auf eine Änderung der prozentualen Verteilungen.

Rückfrage von Daniel an Diana: Die KISS finanziert sich zurzeit zu 50% aus Studienzuschussmitteln und zu 50% aus Drittmitteln. Nach Auslaufen der Drittmittelförderung müssen 100% durch Studienzuschussmittel finanzieren. Dadurch kann dann bis auf die Personalkosten nichts anderes gefördert werden. Daniel regt an, dass hier im Sechsergremium mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Diana ist vorher nicht informiert darüber gewesen. Sie bittet Daniel, einen entsprechenden Antrag an Alexej Holzmann zu schicken. Bisher war man der Meinung, dass es keinen Änderungsbedarf gibt. Daniel wird mit Mitgliedern der Kommission telefonieren.

Gleichstellungskommission

Stella Gaus berichtet aus der Gleichstellungskommission, die sich Anfang Dezember getroffen hat und über einige Stipendienanträge entschieden hat. Anschließend ging es um die Überarbeitung des Gleichstellungskonzepts, dazu wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, in der zwei studentische Vertreterinnen sitzen.

2.2 Bericht aus dem SSR und seinen Arbeitskreisen mit Möglichkeit zur Diskussion

Fahrradstellplätze

Es soll sich am Hubland um Fahrradstellplätze gekümmert werden. Am Sanderring wurde bereits ein überdachter Stellplatz für 10 Fahrräder organisiert, dieser wird bisher gut angenommen. In Zukunft sollen etwa 20 solcher Stellplätze an den Gebäuden am Hubland Nord und Süd verteilt werden. Die Standorte am Hubland Süd sind an der Informatik, der Physik und der Chemie. Genauere Informationen mit den Standorten folgen. Ab März soll mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die Stellplätze bestehen aus einer Betonplatte und Fertigteilen aus Stahl, die dann nur noch verbunden werden müssen und dann aufgestellt werden können. Langfristiges Ziel ist es, das Hubland Nord autofrei zu bekommen.

Landes-ASTen-Konferenz (LAK):

Die LAK hat ein ausführliches Positionspapier zur Hochschulnovelle beschlossen. (teilweise zusammen mit dem Landesverband wissenschaftlicher Mitarbeiter) Henry empfiehlt allen Anwesenden, sich damit auseinanderzusetzen.

Sonstiges

Derzeit arbeitet der Sprecherinnen- und Sprecherrat an verschiedenen Projekten, die in der nächsten Zeit vorgestellt werden.

Fragen

Daniel freut sich sehr, dass die Fahrradstellplätze ausgebaut werden. Fragt ob jede einzelne Anlage nicht einzeln ausgeschrieben werden muss, da dies bis jetzt den Bau verschoben hat. Kontakt zu Stadt: Erweiterung zum Semesterticket, da Stadt argumentiert das dieses Jahr noch die NextBike Ausschreibung durchgehen soll?

Daniel weißt hin auf Beschluss zum Thema Erweiterung des Semestertickets. Stadt hatte gesagt, dass sie damit schon dieses Jahr begonnen hatte, ist der SSR diesnezüglich noch einmal aktiv geworden?

Antwort Henry: Derzeitiger Stand ist, dass noch kein Kontakt mit der Stadt aufgenommen wurde, dass das aber zu Beginn des nächsten Jahres passieren soll.

Antwort auf den Hinweis, dass die Uni ursprünglich dachte, europaweit auszuschreiben: lokale Produktion ist günstiger und muss nicht ausgeschrieben werden, das hatte dann die Unileitung auch bemerkt.

Nachfrage Larissa Adolf: Zu Antrag Verfassungsfreundlichkeit vom letzten Mal.

Antwort Henry: Seitdem wurde an keiner LandesAstenKonferenz teilgenommen. Michael korrigiert: an einem Treffen wurde teilgenommen, die LAK hatte allerdings zur Zeir sehr viel zu tun, da es auch zu Personaländerungen kam. Antrag sollte aus strategischen Gründen lieber im Februar eingebracht werden, damit ihm mehr Beachtung geschenkt wird.

Students House

Henry erzählt, dass sich langsam die Idee eines neuen Students House konkretisiert. Herr Klug hat Gespräche eingeleitet und angedeutet, dass das Students House in naher Zukunft in kleiner Runde diskutiert werden soll, da es wohl Möglichkeiten geben wird, die die Universität nicht so viel kosten und die sich in der Nähe des Campusgartens befinden. Weitere Infos folgen.

TOP 3: Wahl der stellvertretenden studentischen Frauenbeauftragten

Michael Kreuzer eröffnet die Vorschlagsliste: (Vorgeschlagene müssen weiblich sein)

Vorschläge zur stellvertretenden studentischen Frauenbeauftragten: Es gibt keine Vorschläge

Der TOP wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 4: Anträge

4.1 Antrag A7: Revision eines Beschlusses vom 24.06.2014

Henry berichtet über den aktuellen Stand der Angelegenheit:

- Frau Fuchs hat darauf hingewiesen, dass es wohl einen Fehler gibt dergestalt, dass weniger Monate nicht zurück gezahlt worden, als im Antrag angegebun. Es gibt möglicherweise rechtliche Grenzen, die eine Rückahlung hindern: Verjährung. Kontakt mit Der Rechtsabteilung der Universität hat bisher keine Antwort ergeben, wohl erst nach Weihnachten.

- Pia Grimm hat Informationen im Kontext der Angelegenheit zukommen lassen: 2016 gab es bereits einen zweiten Versuch, die Auszahlungen zurückzufordern, jedoch erfolglos.
- Frau Fuchs ist der Auffassung, dass der Konvent sich abhängig von der jeweiligen Rechtslage frei entscheiden kann. Sie hält gerichtliches Vorgehen für nicht sinnvoll. Henry schlägt Vertagung vor, bis persönliche Entscheidung getroffen wurde.

Henry stellt einen GO-Antrag auf Vertagung des Antrags auf die nächste Sitzung. Dieser wird ohne Gegenrede angenommen

Nachfrage von Henry: Pia Grimm hat Henry über den Haushalt der letzten Jahre gebrieft und darauf hingewiesen, dass der SSR idR. im Konvent seine Einnahmen und Ausgaben vorstellt. Ist das so?

Antwort Michael: Normalerweise wird im Dezember der Haushalt der Studierendenvertretung für das darauf folgende Jahr beschlossen. Er schlägt vor, den Beschluss des Haushalts in der nächsten Sitzung nachholen. Normalerweise hat der SSR dazu immer einen Antrag gestellt.

Henry möchte das Thema gerne auf dieser Sitzung besprechen und wird deshalb Initiativantrag stellen, über dessen Behandlung später abgestimmt wird.

4.2 Antrag A1: Schwebstofffilter für die Bibliotheken

Die LHG stellt den Antrag vor, vertreten durch Markus Bohn.

Idee hinter dem Antrag ist, das Lernen in den Bibliotheken auch während der Pandemie zu ermöglichen, da die Bibliotheken derzeit nur eingeschränkt nutzbar und vor allem sehr kalt sind durch dauerndes Lüften. HEPA-Filter könnten eine gute Lösung sein durch besondere Lüftungsfrequenz. Sie ermöglichen es, die Ansteckung mit Viren um 90% zu verringern. Masken würden weiterhin getragen werden, das Dauerlüften könnte man lassen, dafür aber ab und zu Stoßlüften. Auch angenehm für Allergiker:innen.

Rückfrage Daniel: Wie schnell ist das umsetzbar, da Filter mit Sicherheit sehr gefragt sind, und sind unsere Anlagen überhaupt nachrüstbar? Oder sind sie zu alt, da z.B. die juristische Bibliothek auch unter Denkmalschutz steht, weshalb Umbauten nicht schnell durchführbar sind.

Antwort Markus Bohn: Finanzierbarkeit scheint möglich, da viele Schulen sich derzeit entsprechende Filter anschaffen. Ziel wäre es, so schnell wie möglich einen solche Filter einzubauen.

Florian Kuhl: Die HEPA-Filter variieren in der Erschwinglichkeit je nach Leistung zwischen zwischen 5000 Euro und mehr. Als langfristige Anschaffung sehr sinnvoll, da durch Sicht auf derzeitiges Impfgeschehen von längerem Pandemie-Verlauf ausgegangen werden muss. Pandemien könnten auch in Zukunft weiteres Problem sein. Nachrüstbarkeit in Gebäuden unter Denkmalschutz kann schwierig sein, allerdings als Außen/Stand/Decken-filter möglich sein. (Ohne Eingriff in die Gebäudesubstanz) Ziel soll sein, schnelle Anschaffung zu ermöglichen, um normalen Lehrbetrieb wieder aufnehmen zu können. Und nicht die absolute Ausarbeitung des konkreten Konzepts. Es gibt verschiedene Fördermittel, um die man sich bemühen kann. Er sieht Konvent nicht in der Aufgabe das Konzept vollständig auszuarbeiten, da es Uni Aufgabe ist, sich um ein Wiederaufnehmen des Normalbetriebs zu kümmern.

Anmerkung von Lucie Knorr: Idee ist gut, aber die Umsetzbarkeit könnte problematisch werden. Seit Jahren gibt es das Problem, dass es keine funktionierende Lüftungsanlage in der Zentralbibliothek gibt, die seit Jahren nur notdürftig repariert wird. Dass zusätzliche Luftfilter angeschafft werden, scheint schwierig.

Florian Kuhl: Stimmt Lucie zu - das Thema wurde im Konvent auch schon vor einigen Jahren besprochen. Allerdings kann dieser Antrag des Studentsichen Konvents auch ein Signal geben, dass wir Studierenden Sicherheit im Studium ermöglichen wollen und damit eventuell einen Anstoß an die Universitätsleitung geben. Im Ergebnis zählt, was funktioniert. Wenn die Universität die Filteranlage ablehnt, dann ist das so, das delegitiert jedoch nicht die Forderung.

Luci Knorr wendet ein, dass wenn Dinge zwecks Bibliothek gefordert werden, Universitätsleitung oft taub ist, und Antrag fast schon kontraproduktiv sein kann, zum Thema Zusammenarbeit mit Uni, da es für die Uni ein Tabuthema ist.

Markus Bohn: Antwort auf Lucie Knorr: Klar ist die Universität nicht gut auf die Bibliotheken zu sprechen, aber wir müssen an die Studierenden denken, die wir vertreten. Die Bibliotheken sind wieder komplett geschlossen, die Klausurenphase steht an, wir wissen nicht, wann die Bibliothek wieder öffnen kann. Wir sollten zumindest dann, wenn sie wieder öffnen kann, sicherstellen, dass sie auch mit einem guten Konzept wieder öffnen kann, und uns von der Unileitung nicht abschrecken lassen.

Luci Knorr möchte dafür plädieren, dass man den Standpunkt schon vertreten kann, dabei allerdings Feingefühl gefordert ist, um Beziehung zu Uni nicht nachhaltig zu verschlechtern.

Der redaktionelle Änderungsantrag von Daniel Janke wird automatisch übernommen

Abstimmung

Dafür: 15 Dagegen: 8 Enthalten: 10

Der Antrag ist somit angenommen und der Konvent fasst folgenden Beschluss:

Der Studentische Konvent fordert von der Universität Würzburg die Anschaffung und Installation von *High-Efficiency Particulate Air/Arrestance*-Luftfiltern (HEPA) in den Räumlichkeiten der aktuell geöffneten Universitätsbibliothek und den Teilbibliotheken. Nach einer Installation in den aktuell geöffneten Bibliotheken soll durch die Filter auch die Öffnung der anderen Teilbibliotheken angestrebt werden.

4.3 Antrag A2: FFP-Masken für die Beschäftigten der Bibliotheken

LHG stellt ihren Antrag vor, vertreten durch Markus Bohn: Es geht um den Schutz der Mitarbeitenden der Unibib durch FFP2 (oder höhere) Masken.

Forderung, dass Mitarbeiter:innen besser geschützt werden sollen. FFP2 (oder höher) Masken als mindester Sicherheitschutz soll kostenlos an Mitarbeiter ausgegeben werden, da sie für den Erhalt es Betriebs relevant sind.

Chris Rettner: Nachfrage, inwiefern klar ist, dass aktuelle Vorschriften über die Ausstattung der Beschäftigten der Bibliothek nicht ausreichend ist bzw. ob es Hinweise dafür gibt, dass sich die Ausstattung bzw. Beschäftigungssituation durch Masken verbessern lässt. Wenn es ein Problem gibt, ist die Forderung selbstverständlich, allerdings sollte, wenn die Uni ihren Job gut macht, aktuell aber eigentlich kein großes Gefahrenpotential bestehen.

Antwort darauf von Markus: Geschilderte Situation: Lesesaal von Studierenden besetzt und Mitarbeiter räumen Regale ein, daurch gibt es Restwahrscheinlichkeit sich zu infizieren. Bis jetzt werden Alltagsmasken getragen, welche in dieser Situation einen Schutz nicht hinreichend garantieren, dadurch wären FFP2-Masken sinnvoll. Da es nicht so viele Mitarbeiter sind, sollte dies möglich sein zu stellen.

Daniel Janke fragt, was konkret gefordert wird: Lediglich Angebot zur Nutzung oder Nutzungspflicht durch die Angestellten? Letzteres könnte problematisch sein, da FFP2-Maseln das Atmen mehr erschweren als Alltags- bzw. OP-Masken. Dazu gibt es im Arbeitsschutzgesetz Höchsttragezeiten, die unter den 8 Stunden der normalen Arbeitszeiten liegen. Eventuell könnte für Personen, die die Masken tragen müssen, dann eine Untersuchung beim Betriebsarzt erforderlich ist, ob die Lungenfunktion ausreicht, um auch unter der Maske genug Sauerstoff zu bekommen. Zusätzlich stellt sich die Frage, ob die Notwendigkeit wirklich besteht? FFP-Masken gibt es nicht wie Sand am Meer, aus Solidaritätsgedanke heraus stellt sich die Frage, ob die Beschäftigten der Bibliothek momentan wirklich diejenigen sind, bei denen die Masken am besten aufgehoben sind, oder ob die Masken nicht an anderer Stelle in Deutschland oder weltweit eher gebraucht würden. Herr Schmidt

schickt alle regelmäßig eine unaufgefordert Mail an Lucie Knorr und Daniel Janke, in der er über den aktuellen Stand der UB berichtet. Schutzausrüstung bzw. ihre Fehlen war daher noch nie das Problem. Haben die Antragstellenden diesbezüglich mit der UB Kontakt aufgenommen?

Florian Kuhl: Es gab im März/April einen Mangel an Masken und Schutzausrüstung, mittlerweile besteht aber kein Mangel an Masken mehr und damit auch keine Lieferschwierigkeiten mehr. Einziges Problem ist, dass die FFP2-Masken durch ihre hohe Wirksamkeit (> 90% Aerosol-Absiedelung in Ein- und Ausatemluft) einen gewissen Marktpreis haben, der derzeit ja auch bundespolitisch diskutiert wird.

Aus eigener Erfahrung kann er sagen: in der Medizin ist es derzeit arbeitstechnisch kein Problem länger mit diesen Masken zu arbeiten (trotz Arbeitsschutzgesetz). Zwingen kann man die Mitarbeiter:innen dazu natürlich nicht, jedoch wäre der Schutz mit FFP2 einfach signifikant höher, auch zum Schutz vor anderen Infekten. Keine Masken mit Filter sollen benutzt werden, sodass beide Parteien geschützt werden, sodass der allgemeine Standard erhöht werden soll. Auch etliche StudentInnen sind tätig in der Bib, somit soll auch ein Solidaritätsgedanke diesen gelten und besser geschützt werden sollen. Masken sind erschwinglich und können wohl mehrfach verwendet werden, zB. im privaten Umfeld, (nicht von Hersteller ausgeschlossen), dadurch lässt sich Ausgabe aber weiter bejahren.

Evgeny merkt an: Zustimmung an Markus und Florian; aus der Praxis lässt sich berichten, dass aktuelle FFP2-Masken an Risikogruppen vergeben werden und auch bei denen nicht geprüft wird, ob eine Eignung zum Tragen der Masken besteht. Für uns ist eher die Frage, ob es Maßnahmen gibt, die wir anbieten können und die schützend wirken. Das Personal der UB ist überschaubar, das Angebot an die Beschäftigten dementsprechend gut durchführbar.

Lucie Knorr wendet ein: Uni gibt Masken bereits dort aus, wo es notwendig ist, zB bei Praktika, deshalb geht sie davon aus, dass die Uni bereits einschätzt wo Gefahren der Infektion größer ist und dementsprechend Maßnahmen ergreift. Da die Bibliotheken derzeit nicht geöffnet sind, sieht sie keine Notwendigkeit FFP2-Masken auszugeben, da es kein größeres Gefahrenpotenzial birgt.

Ein redaktioneller Änderungsantrag von Daniel Janke wird automatisch übernommen

Abstimmung

Dafür: 7 Dagegen: 19 Enthalten: 5

Damit ist der Antrag abgelehnt.

4.4 Antrag A3

Antrag A3 wurde von der Antragstellerin zurück gezogen

4.5 Antrag A4: Ausreichend Busse während der Klausurenphase

Florian Benelli stellt den Antrag vor: Durch Pandemie werden wieder verschiedene Austragungsorte der Klausuren angeboten, allerdings fahren nicht genügend Busse ins Hubland, da sie zur früher Stunde oder am Wochenende nicht oft genug fahren, Dadurch wird Hygienekonzept ins Lächerliche gezogen, da so keine Abstandsregelungen vor und nach der Klausur gewährleistet werden kann, da nicht alle Studierende mit privaten Mitteln zu den verschiedenen Veranstaltungsorten gelangen können, und somit die Hygienekonzepte während der Klausur obsolet sind. Wurde bereits bei ihm in der Fachschaft angesprochen.

Ein redaktioneller Änderungsantrag von Stella Gaus wurde vom Vorsitz bereits eingearbeitet

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Somit wird folgender Beschluss gefasst:

Der Sprecherinnen- und Sprecherrat wird damit beauftragt, sich vor der Universitätsleitung und der Stadtverwaltung Würzburg dafür einzusetzen, dass zu den einzelnen Klausuren während der CoVid-19-Pandemie ausreichend viele Busse zu den außerordentlichen Klausurorten (z.B. das Zelt am Hubland) fahren, um eine kontaktfreie Anreise zu ermöglichen.

Michael hat versucht, die Änderungsanträge zu Antrag 5, die übernommen werden sollen, direkt einzuarbeiten, dabei sind jedoch technische Probleme mit dem Antragstool aufgetreten. Daher benötigt er 15 Minuten Pause, bevor der Antrag behandelt werden kann. Er schlägt vor, Antrag 6 vorzuziehen und anschließend Pause zu machen.

Michael Kreuzer stellt GO-Antrag auf Behandlung des Antrags 6 vor Antrags 5. Es gibt keine Gegenrede. Antrag 6 wird vorgezogen.

4.6 Antrag A6: Gemeinwohlorientierung der Uni Würzburg

GHG stellt das Konzept vor: Nachhaltigkeit wird nicht nur ökologisch, sondern auch gegenüber Mitarbeiter von verschiedenen Dienstleistern verstanden. Uni Würzburg soll sich Gemeinwohl zertifizieren lassen, wäre damit die erste Uni weltweit mit einer gemeinwohloökonomische Ausrichtung mit diesem Gemeinwohloökonomiesiegel. Eine Gemeinwohlmatrix wurde angehängt. Diese ist noch nicht auf Universitäten übertragbar.

Vorgehen: Die Uni Würzburg müsste Bericht schreiben, in dem sie darlegt, dass alle Bereiche abgedeckt werden. Im Auditing Verfahren wird ein Zertifikat übergeben.

Ein Kontakt zur Gemeinwohl Organisation besteht, um weitere Fragen klären und sie in nächste Sitzung miteinbeziehen zu können.

Daniel Jahnke fragt ob dies schon mal besprochen wurde mit Frau Spohnholz. Diese würde wohl selbst in diese Richtung mehr Initiative ergreifen, aber Uni hält sie wohl zurück. Daniel hat gesehen, das bereits Unis genannt wurden, die diese Zertifizierung tragen, deshalb wäre Uni Würzburg nicht die erste Uni mit diesem Siegel.

Antonia Kuhn antwortet: Keine Rücksprache mit Frau Spohnholz. SSR könnte dies übernehmen, falls angenommen.

Markus fragt zum Antrag ob es ein konkretes Unternehmen gibt, die nach diesem Siegel arbeiten und wie sich die Arbeitsprozesse dort verändert haben bzgl. Ressourcen, Personalverteilung etc. Wie könnte an der Uni die Bilanz erstellt werden, die alle zwei Jahre angenommen werden muss? Wie könnten da der Konvent eingebunden werden?

Vaude arbeitet schon nach diesem Konzept, kann die konkreten Veränderungen nicht benennen, versucht aber später darüber zu recherchieren. Der Bericht den die Uni schreiben müsste, müsste von offizieller Seite geschrieben werden.

Marianne Böhm: Sie denkt eher dass die Matrix als Nachhaltigkeitsbericht verwendet wird. Sie spricht sich für Antrag aus.

Chris: Die Uni plant so etwas bereits, allerdings durch sich selbst über einen Nachhaltigkeitsbericht. Allerdings hätte der schon 2019 kommen sollen, ist aber immernoch nicht da. Spricht sich dafür aus, das die Studierendenschaft ihren Standpunkt klarmachen soll, dass sie sich für Nachhaltigkeit und Transparenz ausspricht. Green Office und zentrale Nachhaltigkeitsstelle wäre dafür zuständig und es wäre sinnvoll, wenn sich diese darum kümmern würden. Stelle ist wohl schon vorhanden, müsste nur noch ausgeweitet werden.

Antonia antwortet: Dass der Nachhaltigkeitsbericht nicht verdoppelt wird sondern diesen ersetzt wird. (Da Unternehmen)

Ein redaktioneller Änderungsantrag von Daniel Janke wird automatisch übernommen

Abstimmung

Dafür: 25 Dagegen: 3 Enthalten: 5

Der Antrag ist damit angenommen und es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Sprecherinnen- und Sprecherrat wird damit beauftragt, sich gegenüber der Unileitung dafür einzusetzen, dass die Universität Würzburg ihr Handeln gemeinwohlökonomisch ausrichtet und sich alle zwei Jahre dem Verfahren der Gemeinwohlbilanzierung unterzieht. Dazu gehören die Erstellung eines Gemeinwohlberichts durch die Julius-Maximilians-Universität selbst, der jeweils die vergangenen beiden Jahre umfasst und auf dem Kriterienkatalog der Gemeinwohlmatrix 5.0 (im Anhang) aufbaut, sowie eine externe Auditierung des Berichts in Form einer Vollbilanzierung durch zertifizierte Gemeinwohlökonomieberater:innen. Der Sprecherinnen- und Sprecherrat wird insbesondere beauftragt, sich für die Stärkung von bestehenden bzw. die Schaffung neuer Stellen sowie die Bereitstellung von für die Bilanzierung notwendigen Geldern einzusetzen. Langfristig wird eine umfassende Ausrichtung der Julius-Maximilians-Universität Würzburg auf gemeinwohlökonomisches Wirtschaften angestrebt. Dementsprechend setzt der Sprecherinnen- und Sprecherrat sich gegenüber der Universitätsleitung des Weiteren dafür ein, dass die Julius-Maximilians-Universität Würzburg eine Weiterentwicklung in allen Punkten anstrebt, die in der gemeinwohlökonomischen Bilanz als mit gemeinwohlökonomischen Grundsätzen unzureichend bewertet werden.

Henry Mörtel weist darauf hin, dass sein Initiativantrag IA1 jetzt im Antragstool einsehbar ist. Die zugehörige Exceltabelle wurde zuvor per Mail versendet.

Michael Kreuzer unterbricht die Sitzung von 21:50 bis 22:08

4.7 Antrag A5 Positionierung zum geplanten bayerischen Hochschulgesetz

Michael schlägt vor Antrag absatzweise durchzugehen. Das wird so angenommen. Nach kurzer Diskussion wird außerdem beschlossen, dass nach jedem Absatz direkt über die sich darauf beziehenden Änderungsanträge abgestimmt werden soll.

Allgemeine Infos von Marianne Böhm: Antrag wurde von allen gestellt, die sich im letzten Konvent gemeldet hatten, um einen Position zum Hochschulgesetz zu erarbeiten. Ziel des Antrags ist es noch nicht, einen fertigen Brief o.Ä. zu erstellen, mit dem man sich an die Politik wenden kann, sondern eine gemeinsame Position zu beschließen auf deren Basis der SSR handeln kann. Der Fokus des Antrags liegt auf Themen, die die Studierenden betreffen, v.a. Vertretung und Lehre. Auch weitere Punkte am Eckpunktepapier können kritisiert werden, diese sollten aber eher denjenigen überlassen werden, die davon konkret betroffen sind.

Kopfzeile

Matthias stellt seinen Änderungsantrag vor: In der Sitzung waren potentielle Adressat:innen für einen finalen Brief diskutiert, die sich im Antrag nicht wiedergefunden haben, hat sich daher wohl erledigt. Die im AA genannten Personen wären aber potentielle Adressat:innen.

Chris Rettner: Idee war, dass eine finale Position erarbeitet werden soll, der Antrag heute sollte aber nicht der genaue Wortlaut sein, der am Ende verschickt werden soll. Wortlaut sollte auf die jeweiligen Gruppen zugeschnitten werden, an die der Brief verschickt wird.

Matthias: Warum will man nicht die gesamte Position bspw. an die Fakultäten weiterleiten?

Chris: Innerhalb der Universität wäre Weiterleitung des Beschlusses zur Kenntnisnahme okay, bei Kultusministerium o.Ä. wäre inhaltliche Aufbereitung notwendig.

Matthias zieht seinen Änderungsantrag zurück und schlägt vor, dass Beschluss in dieser Form weitergeleitet wird bspw. an Studiendekane als Diskussionsgrundlage für Treffen mit der Unileitung.

Chris: Wenn der Konvent eine inhaltliche Positionierung beschließt, bedarf es keines Handlungsauftrags für den SSR, sondern der SSR kann sich selbst einen Handlungsauftrag ableiten, wenn die Positionierung relevant ist. Für den SSR wäre es selbstverständlich, die Position, die hier zum Hochschulgesetz beschlossen wird, einzubeziehen.

Matthias zieht den Antrag endgültig zurück.

Marianne Böhm: Es wurde sich bewusst gegen eine direkte Liste entschieden, weil das hier potentiell eine Grundlage für einen größeren Kreis an Menschen werden soll. Die Liste kann jedoch als Mindestanforderungen dienen.

Florian Benelli: Matthias meinte, dass die Fakultäten noch keine Stellungnahme der Studierenden haben. Zumindest für die Humanwissenschaften trifft das nicht zu; dort wurden bereits eine Position der Studierenden gebildet

Henry Mörtel: Durch Rückzug des Änderungsantrags hat sich das Thema zwar weitestgehend erledigt, jedoch muss man bei potentiellen Adressat:innen im Blick behalten, dass sich auch andere studentische Gruppen möglicherweise an das Kultusministerium wenden und man sich da im Vorfeld absprechen sollte.

Absatz

Marianne Böhm: Kritik an der Grundidee, dass die Hochschulen unternehmerisch ausgerichtet werden sollen, obwohl das dem Grundgedanken der Hochschule widerspricht und damit weder möglich noch sinnvoll ist

Es wurde eine komplette Alternative zu Absatz 1 von der LHG verfasst. Erklärung dazu von Markus Bohn: LHG spricht sich dafür aus, dass die unternehmerischen Möglichkeiten, die das Eckpunktepapier nennt, grundsätzlich befürwortet werden, wobei das unternehmerische Risiko jedoch berücksichtigt werden muss, sodass eine Modifikation notwendig ist: der Freistaat muss dann, wenn wirtschaftlich etwas schief läuft, dafür sorgen, dass ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen (idealerweise angepasst an Inflation), damit der Wettbewerbsgedanke sich nicht zu Lasten der Lehre auswirkt.

Daniel Janke: Dieser Änderungsantrag wird von den Antragsteller:innen nicht angenommen, denn bereits im ersten Satz findet sich ein Fehler. Er impliziert, dass auch jetzt bereits ein ausreichender Grundstock an Finanzmitteln vorhanden ist, dem ist nicht so. Die Antragstellenden gehen hier von einer nicht vorhandenen finanziellen Ausstattung der Uni aus. Der Konvent muss sich entscheiden, ob wir wollen, dass die Uni unternehmerisch tätig ist. Idee des Eckpunktepapiers ist jedoch nicht, dass die Uni als Organisation unternehmerisch tätig ist, sondern Einzelpersonen an der Uni - deshalb ja auch die Freisemester, die für unternehmerisch tätige Personen gegeben werden können. Er ist gegen diesen Änderungsantrag, da Hochschulen als Institutionen schon ihrem Grundgedanken nach nicht unternehmerisch tätig sein sollten.

Henry Mörtel: Hochschulen sind Ort der Forschung und Lehre, das lässt sich mit Unternehmerschaft nicht vereinbaren. Deshalb soll Änderungsantrag nicht angenommen werden, da somit Wettbewerb zwischen Hochschulen, Forschern und Studierenden gefördert wird. Das ist nicht beiträglich zur Lehre, siehe USA wo es nur wenige Top Unis gibt. Er findet es nicht gut wenn einige Professoren kein eigenes unternehmerisches Risiko tragen sollen, dies soll auf privater Basis laufen, nicht auf Kosten des Staates. Der Punkt lässt sich nicht mit Eckpunktepapier vereinbaren, da es nicht im Interesse der Studierenden ist und spricht sich klar für Ablehnung aus.

Matthias Frerichs: Änderungsantrag geht noch über den Inhalt des Eckpunktepapiers hinaus, das zwar Räumlichkeiten und Geräte an den Hochschulen für unternehmerische Tätigkeit vorsieht, nicht jedoch finanzielle Mittel. Dagegen.

Marianne Böhm: Gegen den Änderungsantrag spricht, dass am Anfang des Antrag der Grundgedanke stehen sollte, jedoch ist der Punkt, den die LHG hier macht, eher einer, der weiter hinten stehen sollte. Jedoch auch grundsätzliche Kritik am Änderungsantrag: Universitäten funktionieren anders als Unternehmen, weil sie nicht dem Verwertbarkeitsgrundsatz unterliegen dürfen, weil

man damit riskieren wäre, dass Dinge, die nicht direkt ein Ergebnis bringen, an Unis nicht mehr erforscht werden würden. Deshalb muss auch unterschieden werden zwischen unternehmerischer Tätigkeit von Unis und Einzelpersonen. Jeweils gegen das erste ist sie auf jeden Fall. Finanzierung in Einzelfällen sorgt auch dafür, dass Forschung, die nicht monetär verwertbar ist, nur in Einzelfällen unterstützt werden soll, dagegen kritisch eingestellt.

Abstimmung über ÄA21

Damit wird der Änderungsantrag einstimmig abgelehnt

Absatz 2

keine Wortbeiträge zu diesem Absatz

Absatz 3

Es gibt 2 Änderungsanträge

Marianne Böhm: Matthias Änderungsantrag enthält mehrere Änderungen, was den Text betrifft, welcher allerdings den Änderungsantrag von Marianne beinhaltet.

Matthias Frerichs: Spricht sich für eine Präzisierung aus, zB welche Gremien miteingeschlossen werden, sowie für die Änderung der Formulierung Im aktuellen Eckpunktepapier wird gefordert, das dies ersichtlich sein muss.

Vorstellung des Änderungsantrags von Marianne Böhm: Wenn man etwas fordert, sollte man auf jeden Fall auch konkreter werden, was man fordert, insofern guter Punkt. Allerdings wurden im Antrag die gleichbleibende Mitbeteiligung aller Statusgruppen deshalb nicht konkretisiert, weil derzeit noch nicht klar ist, ob die Statusgruppen als solche überhaupt bestehen bleiben und weil die Mehrheit der Forschungstragenden derzeit ohnehin gegeben ist. Dagegen ist noch unklar, wie andere Statusgruppen, die nicht als Träger der Wissenschaftsfreiheit formuliert werden, mitbestimmen können werden. Deshalb dazu auch eigener Änderungsantrag, das sind zwei verschiedene Punkte.

Henry Mörtel: Punkt von Matthias mit der Konkretisierung und Rahmensetzung ist gut nachvollziehbar, jedoch ist der Antrag konkreter als im Änderungsantrag wahrgenommen. Die Umformulierungen, die durch den Änderungsantrag entstehen würden, sind unglücklich, weil Schachtelsätze die Erfassung des Inhalts erschweren. Die Drastizität, die mit der Entdemokratisierung einhergeht, muss klar benannt werden. Jedliche Mitbestimmung wird durch das neue Hochschulgesetz unterminiert, dazu ist der Antrag aussagekräftiger als der Änderungsantrag, deshalb sowohl inhaltlich als auch sprachlich gegen den Änderungsantrag.

Michael Kreuzer: Formulierung ist ungünstig, v.a. bzgl. des Hinweises, dass ausdrücklich angegeben werden muss, wie die Mehrheit gewahrt wird. Dies ist missverständlich, da man darunter auch verstehen könnte, wie sichergestellt werden soll, wie die professorale Mehrheit behalten werden kann.

Henry Mörtel: Hier liegen 2 konkurrierende Änderungsanträge vor - wie läuft die Abstimmung ab?

Michael Kreuzer: bei konkurrierenden Änderungsanträgen wird über den weitestgehenden Antrag zuerst abgestimmt. Hier: Zuerst Abstimmung über den Antrag von Matthias, da der von Marianne sich erledigt hat, falls der Antrag von Matthias angenommen wird, danach Abstimmung über den Antrag von Marianne.

Abstimmung über Änderungsantrag Ä2 (von Matthias Frerichs)

Dafür: 3 Dagegen: Rest Enthaltung

Der Antrag wird somit abgelehnt.

Änderungsantrag 19 wird von den Antragsteller:innen direkt übernommen

Matthias Frerichs möchte anmerken, dass er nochmal ein Änderungsantrag stellen wird, der ausformuliert, dass alle Gremien eine Besetzung darlegen müssen.

Michael fragt Henry ob er Änderungsantrag 17 als konkurrierend zu Änderungsantrag 3 betrachtet, Henry bejaht dieses. Matthias stellt vor, dass Kritik dort liegt, dass Eckpunktepapier rechtliche Verankerung eines Studierenden festigt. Konkurrenzgremium zu Landesastenkonzferenz

Henry Mörtel: Immer, wenn die Studierendenvertretung zahnlos ist, schadet die Konkurrenz der Landesastenkonzferenz mehr, als sie nützen würde. Stattdessen sollte das Bestehende (LAK) weitergeführt und gestärkt werden.

Michael Kreuzer: Die Festschreibung der gesetzlichen Studierendenvertretung (als gesetzlicher Studierendenbeirat) im Hochschulgesetz ist ein Thema, für das die LAK über die letzten 2-3 Jahre gekämpft hat. Landesstudierendebeirat ist dasselbe wie die Landesastenkonzferenz, deshalb gibt es eigentlich keine Konkurrenz. Die Kritik daran, dass der Beirat keine eigene Rechtspersönlichkeit haben soll, ist berechtigt.

Chris Rettner fragt sich, was die LAK sich von einer Festschreibung in der im Eckpunktepapier vorgesehenen Form verspricht. Er sieht Konkurrenz im Vergleich zum aktuellen Modell der LAK.

Daniel Janke: Schließt sich Chris an.

Henry Mörtel: Ein Punkt, der bei Änderungsantrag von Henry hervorgehoben werden sollte, ist, dass die einzige Form der studentischen Mitbestimmung nach dem Eckpunktepapier sein soll, dass die StuVs gewählte Vertreter:innen in den Studierendenbeirat entsenden sollen, wobei eine regionale Vertretung bzw. Repräsentation gewährleistet sein soll.

Marianne Böhm schlägt vor: Letzter Satz des Änderungsantrags von Henry könnte eingefügt und angepasst werden. Worlaut in etwa "grundsätzliche Einführung einer landesweiten Studierendenvertretung wird begrüßt, soweit sie eine eigene Rechtspersönlichkeit und ein politisches Mandat erhält."

Marianne Böhm bringt den Satz, auf den sie sich bezogen hat, als eigenständigen Änderungsantrag ein.

Chris meldet sich: Es ist wichtig die nicht die Position der LAK zu übernehmen, sondern uns selbst zu positionieren.

Henry: Bestehende gute Kommunikation soll nicht auf die Waage gestellt werden. Wir als Studierendenvertretung der Universitäten sollten diesen Punkt trotzdem fordern, damit er gehört und anerkannt wird, weil wir der LAK damit nicht schaden, deren Beschlusslage ja eine verfasste Studierendenschaft ist. Diese Beschlusslage unterstützen wir mit dem Antrag langfristig.

Abstimmung über Änderungsanträge 17, 3 und 23 als konkurrierende Anträge

Zunächst wird über AA17 abgestimmt, dieser wird mehrheitlich angenommen. Damit entfallen AA 3 und 23.

Änderungsantrag 22 wird von den Antragsteller:innen übernommen

Antonia Kuhn würde gerne das Protokoll abgeben, da sie gehen müsste. Valerie Schmidt übernimmt.

23:15 Uhr: Antonia Kuhn verlässt die Sitzung und überträgt ihre Stimme auf Valerie Schmidt. Valerie Schmidt wäre als nächste mit dem Protokoll dran und übernimmt deshalb.

Absatz 6

Keine Änderungswünsche

Absatz 6 (2)

Keine Änderungswünsche

23.15: Leon Göttemann verlässt die Sitzung. Seine Stimme wird auf Felix Bullinger übertragen.

Absatz 7

Anmerkung von Chris Rettner, dass Nummerierung durch Änderungsanträge durcheinanderkommt
Matthias stellt ÄA5 vor: Satz über den rassistische Leitkulturgedanke soll angesprochen werden, Es ist nicht der Zweck des Papiers irgendwelche Unterstellungen an Personengruppe zu richten, deshalb provoziert die Formulierung und führt zu Kontroversen. Studienbeiträge die über das zur Hochschulfinanzierung hinaus gehen. Aktuelle Formulierung ist zu allgemein.

Marianne Böhm: Rass. Leitkultur streichen, da es vom Kerngedanken ablenkt. Den zweiten Teil Gebührenerhebung soll nicht möglich sein. Universitäten sollen ihre eigenen Gebühren erheben können.

Matthias Frerichs: Gibt bereits einen Absatz der Studiengebühren kategorisch ablehnt. Frage ob das schon enthalten ist.

Chris Rettner: Wollte sich anschließen, dass Antragsteller gegen Studiengebührenerhebungen sind. Diskussion muss möglich sein sich sogar gegen Studierendenticket und Studentenwerkbeitrag zu stellen

Florian Benelli: Unabhängig ob es kein rassistischer Gedanke war, es ist rassistisch, aufgrund einer Staatsangehörigkeit Gebühren zu erheben. Satz im Antrag ist seiner Meinung nach berechtigt.

Henry Mörtl: Gebührenerhebungsmöglichkeit: Durch den Staat finanzierte Möglichkeit der Bildung. Allgemeine Form der Gebührenerhebung ist gemeint, keine Labormaterialien etc. Die Möglichkeit Gebühren zu erheben bei außereuropäischen Studierenden ist trotzdem möglich über (?). Gebührenerhebung ist somit grundsätzlich möglich, dagegen sollte vorgegangen werden.

Abstimmung über Änderungsantrag 5: Streichung zweier Sätze

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über Änderungsantrag 16

dafür: 13 dagegen: 16 enthalten: 3

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt

Absatz 9

Matthias Frerichs: Das Grundlegende Problem dass wissenschaftlich starke Institute die Lehre vernachlässigen können, in dem sie von der Lehre befreit werden können. Dies wird als Last gesehen.

Chris Rettner: Anmerkung, dass Teil mit Drittmittel und Forschungsstärke bereits übernommen werden. Rest des Antrags wird zur Diskussion gestellt.

Marianne Böhm: Stimmt bei dem Punkt zu, das Formulierung nicht sehr prägnant ist. Verbesserung nicht ganz logisch, da Satz nun aussagt, dass die Einführung eines Gesamtlehrdeputats die Innovation der Forschung behindert(?). Forschung und Lehre stehen sich immer gegenüber, da einzelne Personen nie Kapazität für beides haben, sondern eine Seite priorisieren müssen, dies soll aber durch die Gesetzesänderung nicht niedergeschrieben werden. Den zweiten Teil des Änderungsantrags würde sie nicht befürworten, da die aktuelle Formulierung stärker ist.

Matthias Frerichs: Im oberen Teil stimmt er Marianne zu, liest sich missverständlich. "Einführung eines Gesamtlehrdeputats würde dazu führen, dass..." als alternativen Vorschlag zur Formulierung. Er stellt einen Änderungsantrag.

Michael Kreuzer: Vorschlag einer redaktionellen Änderung, dass man keinen neuen Antrag schreiben muss, um die Missverständlichkeit zu beseitigen.

Henry Mörtl: Gerne umformulierte Version des ersten Abschnitts übernommen werden. Lehre und Forschung soll nicht gegeneinander abgewägt und hierarchisiert werden. Vorschlag: Letzten Satz ablehnen.

Matthias Frerichs sieht ein, Formulierung der Auspielung besser passt, und zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Chris Rettner: Antrag wird so übernommen, da sich alle einig sind.

Änderungsantrag 6 wurde zurückgezogen.

Absatz 9

Änderungsantrag von Matthias: Formulierungsänderung kam so aus Diskussion.

Henry Mörtl: Kritik: Digitale Lehre ist bereits Ersatz und wird hoffentlich so (temporär) bleiben. Zweite Umformulierung zu lasch, da sie Möglichkeiten impliziert und keine Forderung.

Chris Rettner: Er würde dem Geänderten explizit widersprechen. In manchen Fällen kann es ein Ersatz für Präsenzlehre sein. Deshalb ist die geänderte Fassung nicht von ihm unterstützt. Digitalisierung sollte niemals ein Selbstzweck sein.

Abstimmung über Änderungsantrag 7

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Absatz 10

Michael Kreuzer: Abstimmung wird in in Eingangsreihenfolge der ÄA erfolgen.

Matthias Frerichs: Inhaltlicher Kritikpunkt von Matthias, dass Gründungsfreisemester generell verurteilt wird. Gründungsfreisemester wird von Ihm positiv gesehen. Stimmt zu, dass Uni während dieser Zeit Studierenden nicht weiter finanziell unterstützen sollte.

Henry Mörtl: 1: Öffnung der Professor:innen zu Wirtschaft: Gründungssemester öffnet Interessenskonflikte, da unternehmerische Person auch gleichzeitig Lehrperson sein kann, was in eigentlichem Gegensatz steht. An der Humanwissenschaft wurde das Thema mit den Freisemester sehr intensiv diskutiert. Sehen im Interessenskonflikt das größte Risiko, nicht nur die Konkurrenz zwischen den einzelnen Fächern, sondern auch zwischen den Fakultäten. Lehnt Gründungssemester ab. 2: Problem, Antrag klingt so, dass Forschungssemester und Gründungssemester gleichgestellt sind. Professor:innen sollen darauf eingestellt werden, dass ihre Hauptaufgabe in der Lehre nicht in der Wirtschaft liegt.

Matthias Frerichs: Sieht den Konflikt. Allerdings gibt es viele Start-ups die sich um Unis gründen, welche sogar von den Unis unterstützt wird. Kommt eher aus dem technologischen Bereich, soll aber auch Entwicklung fördern, da wirtschaftlicher Aspekt die direkte Anwendung darstellt, Motivator zur Forschung wird gefördert, und der Eingang in zukünftige Lehre wird fördert. Produktgeleiteter Gedanke. Er sieht, dass in manchen Fächern (Naturwiss/Ing.) durchaus Vorteile entstehen.

Chris Rettner: Gründungsfreies Semester problematisch, weil man nicht nur von der Lehre befreit wird und dadurch wenig Zeit für die Lehre hat, sondern dass es einen Anreiz schafft, die Forschung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Die Einflussnahme von außen oder von "wirtschaftlich interessanten" Themen noch gestärkt wird, was sich durch alle Ebenen zieht und sich hier zeigt. Spricht sich nochmals dagegen aus.

Daniel Janke: Zentrale Aufgabe einer Hochschule ist nicht der Einstieg in den wirtschaftlichen Bereich, sondern Forschung und Lehre, daher Forschungsfreisemester. Wer Gründung vorantreiben möchte kann bereits Freisemester nehmen, gewisse Strukturen wurden uniseitig bereits geschaffen. Die Uni hat aber nicht die zentrale Rolle, Gründung und Wirtschaft zu fördern und den Eingang zu erleichtern. Wer die Durchökonomisierung der Hochschule kritisiert, muss auch das Gründungsfreisemester ablehnen. Auch in den MINT-Bereichen. Wirtschaftliche Tätigkeiten sollen privat verfolgt werden ohne verpflichtende Unterstützung der Hochschule.

23:45 Liana Mirzojan verlässt die Sitzung. Stimmrechtsübertragung an Matthias Frerichs.

Henry Mörtl: Schließt sich Daniel in vielen Punkten an. Es ist nicht Aufgabe der Dozierenden sich wirtschaftlich auszurichten. Gibt die Möglichkeit, bei der Univeristät Gelder zu bekommen und unter der Schirmherrschaft von Dozierenden wirtschaftlich zu betätigen. Die Rolle der Universität im wirtschaftlichen Bereich ist in der Novelle auf S. 11/12 festgeschrieben. Wenn Hochschulen sich unternehmerisch verhalten, übernehmen sie gleichzeitig die Haftung dafür. Es ist es eine schwierige Situation. Ein gründungsfreies Semester würde diese Problematik zusätzlich verschärfen.

Matthias Frerichs: Sieht Kritik, denkt dennoch, das Konflikt bleibt, da in MINT- Fächern Forschung, technologische Innovation und wirtschaft hand in hand gehen. Forschungsfreisemester bietet nicht die gleichen Möglichkeiten wie Gründungsfreisemester. Wirtschaftlich relevante Forschung ist schon immer relevanter als Grundlagenforschung. Solange Lehrstuhlginanzierung uni-intern bleibt sieht er kein Problem, dass Lehre durch wirtschaftlich motivierte Forschung getrübt wird.

Henry Mörtl: Sieht ein Risiko, da wo ein Globalhaushalt entsteht. Argumentation von Vorredner kritisiert.

Chris Rettner stellt GO Antrag zu sofortiger Abstimmung der Änderungsantrags. Wird übergangen, da keine weiteren Wortmeldungen da sind.

Abstimmung über Änderungsantrag 8

Antrag wird einstimmig abgelehnt

Änderungsantrag 13 von den Antragssteller:innen angenommen wird.

Absatz 12

Matthias Frerichs zu seinem Änderungsantrag 9. Ständige Vertreter:innen sind nicht sinnvoll. Zusammensetzung der Kommission ist nicht eindeutig. Überflüssige Alternative zur herkömmlichen Berufung, die noch intransparenter ist.

Chris Rettner: Findungskommission gibt es bereits. Würde sich im Allgemeinen nicht dagegen aussprechen, indem man aktiv Personen sucht. Es muss im Nachgang Kontrollen geben, dass die letzte Entscheidung nicht beim Präsidium oder Findungskommission liegen.

Marianne Böhm: Hat einen Änderungseintrag eingebracht und das Wort "autoritär" durch "intransparent" ersetzt.

Matthias: Autoritär ist gar nicht so unpassend, da wen die alleinige Entscheidungsgewalt bei Hochschulpräsident liegt per se autoritär wäre. Findungskommission sieht kein Bewerbungsverfahren vor. Größter Kritikpunkt seiner Meinung nach, da Stellen unter der Hand vergeben werden können.

Chris Rettner: Eine Lösung dass eine geregelte offene Bewerbungsmöglichkeit vorhanden ist. Grundlegende Idee einer Findungskommission ist nicht schlecht. Man sollte nicht deshalb anderen Personen verwehren, dass andere Personen sich trotzdem beweben können.

Marianne Böhm zieht Änderungantrag 24 wieder zurück.

Michael: Anmerkung zu Chris Kommentar. Es wird tatsächlich schon so praktiziert. Es wird explizit nach geeigneten Personen gesucht. Beispiel aus der Informatik.

Matthias Frerichs: Zustimmung.

Chris Rettner: Findungskommission soll weggelassen werden, es ist eine offene Ausschreibung gewünscht

Matthias Frerichs: Sieht immer noch nicht, wo der Begriff Findungskommission gestrichen werden soll. Wir können den Begriff Findungskommission nicht verurteilen, weil es nicht im Gesetz steht. Deswegen existiert das ja auch nicht. Er will an der Formulierung festhalten, weil die Findungskommission im Eckpunktepapier steht.

Chris Rettner: Aus dem Grund, dass basierend auf etwas nicht existierendem argumentiert wird, sollte man das nicht aktiv kritisieren.

Matthias Frerichs: Haben Professuren verpflichtende Ausschreibung?

Daniel Janke: Keine Ausschreibungspflicht: Es gibt Leuchtturmprojekte - Bei einer bestmöglichen Person für eine gegebene Ausschreibung wird eine Ausschreibung verzichtet. Z.B. Alexander-von-Humbolt Professuren. (Grundätzlich ohne öffentliche Ausschreibung)

Marianne: Absicht??

Chris: Ja alleinige Entscheidungsgewalt soll ja eben nicht beim Hochschulpräsidenten liegen.

Abstimmung über Änderungsantrag 9

Antrag wird einstimmig abgelehnt

Abstimmung über Änderungsantrag 25

Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen

Absatz 12 ÄA 10

Matthias: Findet Formulierung nicht passend zu offizieller Positionierung. Muss klarer sein. Der Gedanke von verpflichtenden Bindungen, so dass Menschen aus dem Ausland, die hier studieren auch hier bleiben sollen widerspricht dem Gedanken eines freien internationalen Wissensaustausches.

Chris Rettner: Neue Formulierung ist tatsächlich besser, kamen zeitlich nicht dazu. Sehen Pflicht bei Uni, dass alle Studierende die Möglichkeit haben sollen Deutsch lernen zu können, Angebot muss von Uni eingerichtet werden, allerdings sollen Studierende nicht dazu gezwungen werden können deutsch lernen zu müssen.

Änderungsantrag 10 wird von Antragssteller:innen übernommen

Chris Rettner stellt einen GO-Antrag auf 15-minütige Pause. es gibt keine Gegenrede

Die Sitzung wird von 00:19 Uhr bis 00:26 Uhr unterbrochen

ÄA 26 wird von den Antragsteller:innen übernommen

Abstimmung über ÄA 23

ÄA 23 wird bei 13 Jastimmen und 16 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung über den Gesamtantrag

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der vollständige Beschlusstext ist diesem Protokoll angehängt.

4.8 Initiativantrag IA1

Abstimmung über den Initiativcharakter

Die Behandlung des Initiativantrags wird mehrheitlich befürwortet, der Antrag wird daher behandelt.

Diskussion

Henry Mörtl stellt Antrag vor: Haushaltsentwurf Studierendenvertretung für das Rechnungsjahr 2021. Links: ursprünglicher Ansatz was angesetzt wurde. Mitte: tatsächliche Ausgaben. Rechte Seite: Planen was im nächsten Jahr ausgegeben wird. Unten: Erwartung für das kommende Jahr an Ein- und Ausgaben.

Gemäß Art 53 BayHochschulgesetz, Finanzierung was die Hochschule erhält. Formale Sache diesem Antrag zuzustimmen. Geld vom Staat bleibt das Gleiche, nur durch eigene Veranstaltungen werden voraussichtlich weniger Geld eigenommen. Bei Zeile der Ausgaben steht bei Referat WIN ein minus, weil es zweckgebundenes Geld ist und wird nicht in den formalen Haushalt eingerechnet.

Daniel Janke merkt an, dass der Haushalt 2020 selbstverständlich stark durch Corona geprägt ist und daher vieles nicht wie geplant umgesetzt werden konnte. Er weist drauf hin, dass ein Überschuss am Ende des Jahres dem Landeshaushalt zugerechnet wird und diesen damit entlastet.

Chris Rettner: Verschiebung vom Haushaltsjahr/entwurf, sodass die Lücke zwischen den SSR und neuem Jahr nicht so auseinander geht. Aus diesem Grund sind die Zahlen immer etwas verschoben.

Henry: Wir brauchen diesen Puffer, Problem diesem Jahr Corona geschuldet.

Abstimmung

IA1 wird mit großer Mehrheit angenommen.

TOP 5: Sonstiges

Michael Kreuzer: Gibt sobald wie möglich den Termin für die nächste Konventssitzung mit dem Präsidenten bekannt und plant die Termine für die kommenden Sitzungen für das Semester.

Michael Kreuzer schließt die Sitzung um 00:50 Uhr.



Schwebstofffilter für die Bibliotheken

Der Studentische Konvent fordert von der Universität Würzburg die Anschaffung und Installation von *High-Efficiency Particulate Air/Arrestance*-Luftfiltern (HEPA) in den Räumlichkeiten der aktuell geöffneten Universitätsbibliothek und den Teilbibliotheken. Nach einer Installation in den aktuell geöffneten Bibliotheken soll durch die Filter auch die Öffnung der anderen Teilbibliotheken angestrebt werden.

Vorsitz (Michael Kreuzer)



Ausreichend Busse während der Klausurenphase

Der Sprecherinnen- und Sprecherrat wird damit beauftragt, sich vor der Universitätsleitung und der Stadtverwaltung Würzburg dafür einzusetzen, dass zu den einzelnen Klausuren während der CoVid-19-Pandemie ausreichend viele Busse zu den außerordentlichen Klausurorten (z.B. das Zelt am Hubland) fahren, um eine kontaktfreie Anreise zu ermöglichen.

Vorsitz (Michael Kreuzer)



Gemeinwohlorientierung der Uni Würzburg

Der Sprecherinnen- und Sprecherrat wird damit beauftragt, sich gegenüber der Unileitung dafür einzusetzen, dass die Universität Würzburg ihr Handeln gemeinwohloekonomisch ausrichtet und sich alle zwei Jahre dem Verfahren der Gemeinwohlabilanzierung unterzieht. Dazu gehören die Erstellung eines Gemeinwohlberichts durch die Julius-Maximilians-Universität selbst, der jeweils die vergangenen beiden Jahre umfasst und auf dem Kriterienkatalog der Gemeinwohlmatrix 5.0 (im Anhang) aufbaut, sowie eine externe Auditierung des Berichts in Form einer Vollbilanzierung durch zertifizierte Gemeinwohloekonomieberater*innen. Der Sprecherinnen- und Sprecherrat wird insbesondere beauftragt, sich für die Stärkung von bestehenden bzw. die Schaffung neuer Stellen sowie die Bereitstellung von für die Bilanzierung notwendigen Geldern einzusetzen. Langfristig wird eine umfassende Ausrichtung der Julius-Maximilians-Universität Würzburg auf gemeinwohloekonomisches Wirtschaften angestrebt. Dementsprechend setzt der Sprecherinnen- und Sprecherrat sich gegenüber der Universitätsleitung des Weiteren dafür ein, dass die Julius-Maximilians-Universität Würzburg eine Weiterentwicklung in allen Punkten anstrebt, die in der gemeinwohloekonomischen Bilanz als mit gemeinwohloekonomischen Grundsätzen unzureichend bewertet werden.



Vorsitz (Michael Kreuzer)



Positionierung zum geplanten bayerischen Hochschulgesetz

Der Studentische Konvent der Universität Würzburg nimmt zu dem Eckpunktepapier zur Reform des Bayerischen Hochschulgesetzes¹ folgende Position ein:

1. Der Grundgedanke des Eckpunktepapieres ist es, unternehmerisches Denken an den Hochschulen zum Ideal zu erheben und strukturell zu verankern. "Transfer" soll als dritte Aufgabe der Hochschulen etabliert werden. Wir kritisieren diese Absicht, da sie dem wissenschaftlichen Streben nach Erkenntnis um ihrer selbst willen - und damit dem Kerngedanken der Institution Hochschule - zuwiderläuft. Wissenschaft lässt sich nicht durch Indizes bewerten.
2. Das Konzept nennt zwar Fächervielfalt und flächendeckende Versorgung als staatliche Interessen, treibt aber mit allen genannten Anreizen die Universitätslandschaft in die entgegengesetzte Richtung. Eine reine Ergebnisorientierung fördert kurzfristiges Denken und Konkurrenz, sowohl innerhalb als auch zwischen den Hochschulen. Forschung an den Grenzen des Wissens wird dadurch unattraktiv, da die Ergebnisse unsicher sind. Sie behindert außerdem jedes Engagement für gute Lehre, da diese keine sofort messbaren Gewinne abwirft. Wir stellen uns gegen einen Konkurrenzdruck um renommierte Studienorte und -plätze und lehnen jede Entwicklung ab, die gravierende Qualitätsunterschiede zwischen den Hochschulen zur Folge hätte. Die jetzt bereits zu beobachtende Tendenz dahin muss bekämpft statt gefördert werden.
3. Durch die geplante Reform wird die Ausgestaltung der internen Strukturen nicht mehr geregelt und ihre Konzeption völlig dem Hochschulrat übertragen. Dies betrifft erstens Verwaltungsstrukturen, die sich bewährt haben und willkürlich abgeschafft

¹<https://stmwk.bayern.de/ministerium/hochschule-und-forschung/hochschulreform.html>

werden könnten. Zweitens werden völlig unzureichende Vorschriften für die interne Demokratie vorgegeben, während die Autorität des Präsidiums verstärkt wird. Diese Entdemokratisierung kritisieren wir entschieden. Gerade wegen der tiefgreifenden Umstrukturierung ist eine Vertretung aller Betroffenen unbedingt nötig. Wir fordern, dass das neue Hochschulgesetz einen Rahmen vorgibt, welche beschlussfassenden und ausführenden Gremien mindestens vorhanden sein müssen. In diesen Gremien muss explizit eine Vertretung aller Gruppen vorgeschrieben werden. Die Führungspersonen und Personen in Gremien müssen durch demokratische Wahlen bestimmt werden.

4. Die Ausgestaltung des angedachten "Landesstudierendenbeirates" findet nicht unsere Zustimmung. Sie untergräbt die bereits stattfindende Vernetzung und Beteiligung auf Landesebene in Form der Landesastenkonzferenz (LAK) und das Ansinnen einer verfassten Studierendenschaft und nimmt ungerechtfertigt Einfluss auf die internen Strukturen der LAK. Darüber hinaus kann sich studentische Beteiligung nicht in der Entsendung einer/s Abgeordneten erschöpfen. Eine grundsätzliche gesetzliche Verankerung begrüßen wir, insofern sie eine eigene Rechtspersönlichkeit und ein allgemeinpolitisches Mandat enthält.
5. Wir fordern eine verfasste Studierendenschaft an allen bayerischen Hochschulen, wie es in allen anderen Bundesländern bereits der Fall ist. Die Grundzüge ihrer Zusammensetzung und Beteiligung in den relevanten Prozessen muss im Hochschulgesetz festgehalten werden. Die versprochene Eigenständigkeit muss sich auch auf Studierende erstrecken! Mit dazu gehört eine finanzielle Basis, um die Arbeit ehrenamtlicher Gruppen an der Universität zu ermöglichen.
6. Die Universitäten sollen standardmäßig in Körperschaften des öffentlichen Rechts oder Stiftungen umgewandelt werden. Wir sehen darin die Gefahr, dass sie Staatszielen, wie etwa dem Klimaschutz, nicht mehr verpflichtet sind, und gleichzeitig der parlamentarischen Kontrolle entzogen werden. Dazu kommt, dass private Unternehmen im Hochschulrat oder durch Stiftungszuwendungen wenig transparent Einfluss nehmen können.
7. Mit der Umwandlung wird die Universität ebenfalls zur Arbeitgeberin. Daraus darf auf keinen Fall eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Gehälter erfolgen. Insbesondere fordern wir, dass studentische Hilfskräfte nicht schlechter bezahlt werden als vorher.
8. Die ermöglichte Abberufung der Universitätspräsident*innen durch das Ministerium untergräbt die hochschulinterne Demokratie. Die Hochschulpräsident*innen sollten gleichermaßen von allen Statusgruppen der Universität gewählt werden und nur von diesen abberufen werden können.
9. Die Verfasser des Eckpunktepapiers wollen den Universitäten umfassende Gebührenerhebungsrechte einräumen. Wir lehnen das kategorisch ab, da Bildung nicht von finanziellen Ressourcen abhängig sein darf! Dass explizit die Erhebung von Studiengebühren für ausländische Studierende erlaubt werden soll, widerspricht dem angegebenen Ziel der Internationalisierung und entsteht im Grunde aus einem rassistischen Leitkulturgedanken. Die Gebührenerhebungsmöglichkeit für Studierende muss generell ausgeschlossen werden!
10. Wir verurteilen, dass Lehre in diesem Papier durchwegs als Belastung betrachtet wird. Die Einführung eines Gesamtlehrdeputats lehnen wir ab, da die Gefahr einer einseitigen Verteilung von Aufgaben aufgrund von Hierarchien, sozialer Stellung,

Drittmittel- und Forschungsstärke oder Gruppenzuschreibungen droht. Ein Gesamtlehrdeputat würde daher dazu führen, dass wissenschaftlich relevante und innovative Ideen keinen oder nur eingeschränkten Eingang in die Lehre finden. Stattdessen sollte am Betreuungsverhältnis oder der zeitlichen Verteilung eines Lehrauftrages gearbeitet werden. Forschung und Lehre sind gleichgestellte Aufgaben einer Universität und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

11. Außerdem ist es notwendig, dass ein modernes Hochschulgesetz der Digitalisierung Rechnung trägt. Digitale Lehre muss an allen Hochschulen möglich sein, darf aber kein Selbstzweck werden und muss als Werkzeug zur Verbesserung von Lehre im persönlichen Austausch dienen.
12. Es ist grundsätzlich kein Problem, wenn in konkreten Projekten eine Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft stattfindet. Wenn aber Personen, die für die Durchführung von Forschung und Lehre verbeamtet wurden, für Unternehmertätigkeiten freigestellt werden (Gründungsfreisemester), oder einer hohen Zahl von Nebenbeschäftigungen nachgehen, halten wir das für problematisch. Es hat nicht nur Interessenskonflikte zur Folge, sondern auch, dass praktisch anwendbare Innovationen für die Lehre verloren gehen. Außerdem bleibt bisher die Frage offen, wer für das Risiko aufkommt. Es darf auf keinen Fall passieren, dass die Mittel einer gesamten Universität durch unternehmerisches Versagen noch weiter verknappt werden.
13. Wir begrüßen grundsätzlich, dass das Berufungsrecht den Hochschulen übertragen wird. Allerdings muss im neuen Gesetz auch hier Mitsprache und Transparenz verankert werden. Eine alleinige Entscheidungskompetenz des Präsidiums - oder sogar einer Findungskommission - ist autoritär und fachlich nicht zielführend. Berufungsverfahren ohne öffentliche Ausschreibung halten wir grundsätzlich für überflüssig und gefährlich, da sie eine intransparente Alternative zum herkömmlichen Vorgehen darstellen. Da die Lehre zentrale Aufgabe von Professor*innen ist, sind wir überzeugt, dass Student*innen bei der Berufung mitbestimmen müssen.
14. Das Erlernen der deutschen Sprache im Rahmen internationaler Studiengänge muss ermöglicht werden. Diese Weiterbildung verpflichtend in explizit fremdsprachige Studiengänge zu integrieren, halten wir jedoch für den falschen Weg. Dies würde nicht nur eine Ungleichbehandlung und damit einen Chancennachteil für internationale Studierende bedeuten, es steht auch der Attraktivität solcher Studiengänge massiv entgegen. Diese bieten explizit auch die Möglichkeit, sich ohne das Ziel eines dauerhaften Aufenthalts in Deutschland auf höchstem Niveau zu bilden, was wir im Sinne des interkulturellen Austauschs unterstützen.

Wir stellen nicht in Abrede, dass das bayerische Hochschulgesetz reformbedürftig ist. Das vorliegende Konzept ist jedoch nicht das Richtige. Wir wollen keine Goldrausch-artige "Aufbruchstimmung" sondern eine Transformation zu nachhaltigen, demokratischen und bildungsstarken Hochschulen.



Vorsitz (Michael Kreuzer)



Haushalt der Studierendenvertretung für das Rechnungsjahr 2021

Der Studentische Konvent stimmt nach § 27 Abs. 5 S. 2 Grundordnung i.v.m. Art. 53 S. 3 BayHSchG beiliegendem Haushaltsentwurf zu.

Vorsitz (Michael Kreuzer)

Haushaltsentwurf der Studierendenvertretung für das Rechnungsjahr 2021

Positions- nummer		Ansatz € 2020	Ist € 12/10/2020	Ansatz € 2021
Ausgaben				
1 Fixe Ausgaben				
1.1.	Aufwandsentschädigung	6,480.00	5,580.00	6,480.00
2 Informationsaustausch				
2.1.	Bücher und Zeitschriften	500.00	493.32	500.00
2.2.	Infoschriften und Veröffentlichungen	0.00	-	0.00
3 Inventar/ Wartung				
3.1.	Neuanschaffungen	1,000.00	-	500.00
3.2.	Wartungskosten	500.00	430.20	500.00
4 Büro- und Geschäftsausgaben				
4.1.	Büromaterial	500.00	333.66	500.00
4.2.	Porto	150.00	23.50	50.00
4.3.	Telefonkosten	200.00	209.13	250.00
4.4.	Reisekosten	2,000.00	513.40	1,000.00
5 Veranstaltungen, etc.				
5.1	Veranstaltungen	10,000.00	5,985.82	7,000.00
5.2	Studi(o)bühne	30,000.00	13,074.91	20,000.00
5.3	Sprachrohr		2,021.37	2,000.00
5.4	Studikalender	7,500.00	-	7,500.00
5.5	Aktionen	500.00	874.65	500.00
5.6	Diverses	1,500.00	550.18	500.00
6 Internat. Studierendenausweis				
6.0.	Internat. Stud.ausweis	500.00		300.00
7 Referat WIN				
7.1.	Betreuung ausl. Stud.	10,000.00	- 2,153.70	5,000.00
Gesamt		71,330.00	27,936.44	52,580.00
Einnahmen				
1	Mittelbereitstellung nach Art. 53 BayHSchG	13,500.00	13,268.00	13,500.00
2.0.	Internat. Stud.ausweis	500.00	231.00	200.00
3.0.	Einnahmen aus Veranstaltungen	10,000.00		5,000.00
4.0.	Ref. WIN	7,500.00		5,000.00
5.0.	Studi(o)bühne	32,000.00	7,862.38	20,000.00
6.0.	Sprachrohr	0.00	975.00	1,000.00
7.0	Studikalender	8,500.00	450.00	8,000.00
8.0.	Diverses	0.00		0.00
9.0.	Ausgabenrest	0.00	16,294.34	0.00
Gesamt		72,000.00	39,080.72	52,700.00

Positionserklärung

Ausgaben:

- 1.1.** Aufwandsentschädigung:
fixe Summe von 60 € pro Mitglied des Sprecher- und Sprecherinnenrates für Monat
- 2.1.** Bücher und Zeitschriften:
Abonnement von Zeitungen und Zeitschriften zur Information der Studierenden
- 2.2.** Info-Schriften und Veröffentlichungen:
Eigene Publikationen, v.a. zur Information über Geschehnisse an der Uni,
fakultätsübergreifende Information,...
- 3.1.** Neuanschaffungen: Kopierer, Computer, Büromöbel, Div. Kleingeräte
- 3.2.** Wartungskosten: Wartungsverträge, z.B. Kopierer
- 4.1** Büromaterial: allg. Büromaterial, Kopierpapier
- 4.2** Porto: für Briefverkehr
- 4.3** Telefonkosten: allg. Telefonkosten
- 4.4** Reisekosten:
Zu universitätsübergreifenden Veranstaltungen/Seminare/Tagungen/Konferenzen...
- 5.1** Kulturveranstaltungen:
Kulturelles, z.B. Erstsemestermesse, Kulturwochen, Erstipartys, Campuslichter, etc.
- 5.2** Studi(o)bühne
- 5.3** UniZeitung
- 5.4** Studikalender
- 5.5** Aktionen
- 5.6** Sonstiges
- 6.** Internationaler Studenentenausweis
- 7.** Referat Internationales

Einnahmen:

- 1.** Mittelbereitstellung nach Art. 53 BayHSchG:
Zuwendungen des Freistaates Bayern nach BayHSchG
- 2.** Internationaler Studentenausweis:
Gebühren für die Ausstellung des internat. Ausweises für Studierende
- 3.** Einnahmen aus Veranstaltungen
- 4.** Ref. Internationales
- 5.** Studi(o)bühne
- 6.** Unizeitung
- 7.** Studikalender
- 8.** Diverses
- 9.** Ausgabenrest